

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, im Sommer und Winter...
Verkauf: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Gesamtpreis: fünf Mark 2895 und 2896.

Jahrespreis: 30 Pf., halbes Jahr 15 Pf., Quartalspreis 7 Pf. 50 Pf., kleine Anzeigen...
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Verkauf: fünf Mark 2895 und 2896.

Die G R E I F Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 23. Januar 1919

Nummer 39

Über 10 Millionen sozialistische Stimmen.

Das Ergebnis der Wahlen.

24 Unabhängige und 1 900 000 Stimmen.

Das Endresultat aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten: Die Deutschnationale Volkspartei 34, die Christliche Volkspartei 88, die Deutsche Volkspartei 23, die Deutsche Demokratische Partei 77, die Sozialdemokratische Partei 164 und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 24 Sitze. Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 4 Welfen, 1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiterdemokraten, 4 bayerischen Bauernbländern und 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Von den Unabhängigen Sozialdemokraten sind gewählt in Berlin-Stadt 4 (Eichhorn, Kasse, Kaufant, Piet), in Potsdam 1-9 1 (Brühl), in Potsdam 10 1 (Jubeil), in Merseburg-Galle 5 (Munert, Naute, Noenen, Bernh. Düwels und Quebler), in Braunschweig-Dannover 1 (Merges), in Franken 1 (Simon), in Sachsen 10-14 3 (Fr. Geyr, Seeger und Curt Geyer), in Groß-Thüringen 3 (Vod. Wurm, Dr. Lohar Cohn), Düsseldorf 2, Westpreußen 1, Arnsherg 1 und Hamburg-Bremen 1 (Danke).

Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis der Wahlen haben die unabhängigen Sozialdemokraten 24 Mandate und die Rechtssozialisten 164 Mandate errungen. Die beiden sozialistischen Parteien verfügen also über 188 Mandate von insgesamt 421. Sie sind deshalb von der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung um etwa 20 Sitze entfernt geblieben. Soweit sich aber bisher die abgegebenen Stimmen errechnen lassen, besteht die größte Vermutung, daß die beiden sozialistischen Parteien zusammen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben. Schätzungsweise entfallen auf die Unabhängige Sozialdemokratie etwa 1 900 000 Stimmen, auf die Rechtssozialisten etwa 8 Millionen Stimmen. Wir meinen also getrost sagen zu können, daß die Wahlen ein sozialistisches Deutschland ergeben haben. Daß das nicht in der Mandatverteilung zum Ausdruck kommt, liegt zum Teil an der Tatsache, daß die Rechtsparteien ihre Listen fast überall verbunden haben, wodurch auch kleine Gruppen zu einer Vertretung gelangen, die sonst ausgeschlossen wären. Die beiden sozialistischen Parteien aber sind überall getrennt vorgegangen, wodurch die bürgerlichen Parteien manches Mandat erhalten haben. Ferner kommt besonders für die Unabhängige Sozialdemokratie in Betracht, daß sie in manchen Kreisen recht erhebliche Minoritäten auf ihre Liste vereinigt hat, aber kein Mandat erringen konnte, da die Stimmenzahl nicht vollständig ausreichte.

Noste schaff! weiter „Ordnung“.

„Der neue Ludendorff“.

In einer Besprechung mit ausländischen Pressevertretern sprach Herr Roske als Generalisimus über die weitere „Ordnung“, wie er sie zu schaffen gedenkt. Im Laufe eines Gemütsmenschen bräute er sich seiner bisherigen Erfolge und wettete demnach darauf los, daß enttäuschte und erklaunte Teilnehmer der Konferenz und gegenüber Zweifel äußerten, ob ein Mann, der so rede, jemals Sozialist auch nur gewesen sein könne. Einwendungen, die beweiskräftig darauf hingielen, daß die rein militärischen Gewalttäter ihm bereits über den Kopf gewachsen seien, lehnte er abfällig ab und bemerkte, daß ihm nichts davon bekannt sei, auch wenn es sich z. B. um öffentliche Plakatierungen von Truppenzügen handelte, die dem Berliner Gang von sich aus versprochen, die Reichshauptstadt nicht eher verlassen zu wollen, bis völlige Ruhe und Ordnung geschaffen sei.

Inzwischen plant Herr Roske, die Brust von seinen blutigen Berliner Gefolgen geschwemmt, bereits Expeditionen in die Provinz. So telegraphierte er jüngst nach Brandenburg an den Befehlshaber des dortigen Soldatenrates:

Eigenmächtigkeiten und Nichtbefolgung meiner Anordnungen bedeuten Auflehnung gegen die Beschlüsse des Zentralrates, der mir durch die Regierung weitgehende Voll-

machten erteilt; sowie Berlin in Ordnung ist, werde ich Rechenschaft fordern.

Roske, Oberbefehlshaber.

Bei dieser großen Geste, um die selbst General Ludendorff den „sozialdemokratischen“ Oberbefehlshaber Roske beneiden könnte, kann man nur sagen: „Bittere Brandenburg“.

Belagerungszustand in Hamburg.

Wie das Wolffsbureau aus Hamburg meldet, ist es dort am Dienstagabend am Hauptbahnhof, am Stadtwall und in der Gegend des Hafens zu Schießereien gekommen, die angeblich von Spartakisten veranlaßt waren. Die Unruhestifter sollen zwei Polizeiwachen ausgeräumt haben und Waffen von zwei Wachen der Sicherheitsmannschaften, die anschließend mit Maschinengewehren armiert waren, weggenommen haben. Der Straßenbahn-, Hoch- und Stadtbahnverkehr ist eingestellt. Einzelheiten fehlen noch.

Hamburg, 22. Januar. Um 8 Uhr abends wurde der verschärfte Belagerungszustand in Hamburg durch Polizeiorgane bekanntgegeben. Theater, Gastwirtschaften usw. mußten schließen. Straßenbahn, Hochbahn und Stadtbahn keilten den Betrieb ein. Ueber die Dauer des verschärften Belagerungszustandes wird je nach der Lage befunden werden. Ein strenger Befehl des Soldatenrates ordnet an, daß alle Schusswaffen innerhalb 48 Stunden abgegeben sind. Wer später im Besitz von Waffen betroffen wird, verfällt dem Standrecht. Auch Personen, die Kenntnis davon haben, wo sich Waffen befinden und keine Anzeige erstatten, setzen sich strenger Bestrafung aus.

Hamburg, 22. Januar. Im Anschluß an eine Kundgebung vor dem Generalkonstaband begab sich eine große Menge Arbeitstäter nach der Hafengegend, wo ihnen zwei Automobils mit Sicherheitsmannschaften und Maschinengewehren entgegenkamen und die Menge aufforderten, sich zu zerstreuen. Die Autos wurden daraufhin umzingelt und den Belagerten die Waffen abgenommen. Inzwischen hatte der Zug weiteren Zuspruch von Spartakisten erhalten. Darauf wurden die Polizeiwachen an der Deponau und die Galenwache 4 an der Meierstraße von den Demonstranten angegriffen und genommen. Später wurden die Wachen von Sicherheitsmannschaften wieder freigegeben und besetzt und die beiden Automobile den Demonstranten wieder abgenommen. Bei Wiederbesetzung der Wache in der Deponau kam es zu einem Handgemenge, in welchem ein Soldat der Sicherheitsmannschaften einen Angreifer durch einen Revolvererschuß tötete. Der Hauptbahnhof, auf den anscheinend ein Angriff geplant war, wurde rechtzeitig von Sicherheitsmannschaften besetzt, die später noch durch Wandhüter ausser Verhaft wurden. Die Postämter in der Stadt, die Generalkonstaband im Stadthaus und der Hauptbahnhof sind in weitem Umfange abbesetzt. In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu Schießereien, die einige Opfer gefordert haben.

Konterrevolutionäre Vorbereiten.

Es wird uns von einem Parteigenossen, der Fühlung mit Offizierskreisen hat, berichtet, daß die Bestrebungen, die alte Militärgeleit wieder auszurufen, im Offizierskorps der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und auch in anderen militärischen Formationen immer mehr um sich greifen. Die Kommandogewalt wird in immer schärferer Weise gehandhabt. So hat Hauptmann Rörting, Kommandeur der Panzerwagen-Abteilung in Lankwitz vor 15 Mann seines Kommandos sich in schroffem Ton gedehert, die alte Disziplinarordnung müßte wieder ausgerufen werden und er hat bereits mit Arreststrafen gedroht, was gegen den Arbeitsvertrag verstoßen würde, den die Mannschaft mit den Truppenteilen geschlossen hat.

Die Feindschaft gegen alles, was sozialdemokratisch ist, ob Hand- oder Kopfarbeiter, ob Soldat oder Offizier, macht sich in immer höherem Maße geltend. Entgegen der öffentlichen Erklärung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division vom 10. d. M., nach der sämtliche politischen Parteien Redner zur Aufführung bei den Angehörigen des Truppenteils stellen sollten, wird dies von maßgebender Stelle, beispielweise von dem Rittmeister von dem Hagen hintertrieben. Unabhängige und noch mehr Anhänger des Spartakusbundes sollen durchaus ferngehalten werden. Dies hat sogar Rechtssozialisten so empört, daß sie zum Ausdruck gebracht haben: wenn es ihnen als Unannehmlichkeit empfunden werden sollte, so würden auch sie auf das Wort verzichten. Man fürchtet selbst in diesen Kreisen, daß schon in nächster Zeit Versuche unternommen würden, die jetzige Regierung zu stürzen.

Die Flucht nach Weimar.

Die Regierung hat also wirklich das Unglaubliche getan und die Nationalversammlung nach Weimar einberufen. Die Politik gegen diesen Entschluß ist nicht ganz leicht. Denn es zeugt von einem Niveau, das eigentlich unter der Linie politischer Auseinandersetzungen liegt.

Die Regierung hat wiederholt versichert, daß sie die große Arbeit des deutschen Volkes repräsentiert. Nur seine politische Unbegabtheit repräsentiert sie verflucht.

Wenn in der augenblicklichen Situation etwas nicht geschehen dürfte, so war es die weitere Diskreditierung Berlins, die von allen wirklichen Reichsfeinden, den reaktionären Landesverrätern, den rückschändigen Partikularisten betrieben wurde. Denn Berlin als Ort der Nationalversammlung aufzugeben, heißt all diese Bestrebungen fördern, die die gefährlichsten Strömungen stärken und dem Ausland die Schwäche des deutschen Einheitsgebildens demonstrieren.

Die Regierung behauptet, sie habe süddeutschen Wünschen Rechnung tragen müssen. Das ist nicht wahr. Bedenke die süddeutschen Sozialdemokraten noch die Demokraten und Liberalen hätten den Gedanken der Verlegung nachdrücklich vertreten, wenn die Regierung festgeblieben wäre. Und Politik für das bayerische Zentrum zu machen, ist doch nicht gerade die Aufgabe der Regierung Ebert-Scheidemann!

In Wahrheit hat diese Revolutionsregierung aus bloßer Angst vor der Revolution gehandelt. Nach der Niederwerfung der Revolution von 1848 verlegte die siegreiche Gegenrevolution die Nationalversammlungen von Berlin nach Brandenburg, von Wien nach Kremsier. Die Regierung Ebert-Scheidemann baut vor, sie erledigt von vornherein die Geschäfte, die sonst Aufgaben der Gegenrevolution sind!

Wie entsteht es? Undisch! Die Revolution, die größte soziale Umwälzung, als Volksfrage aufgelöst. Die Herren verbergen sich in Weimar, erledigen die Geschäfte mit größter Beschleunigung, vor allem in den Kommissionen, lassen ihre Beschlüsse, und damit ist alles in Ordnung. Das Proletariat, der Träger der Revolution, kann wieder beruhigt nach Hause gehen, nachdem die Wahl vorüber, und hat bis zur nächsten Wahl stillzuhalten. In Weimar braucht man sich um die nächsten Ereignisse nicht zu kümmern, dort sitzt man beisammen und beschließt.

Brandt man ein Wort über die entsetzliche Unfähigkeit einer Politik zu verlieren, die statt des Versuches, die Dinge zu meistern, davonläuft und vermeint, daß nun alles stillstehen werde, bis die Regierung allmählich zurückkehrt?

Nein, von dieser Regierung ist nichts zu wollen, nichts zu erwarten.

Der Einspruch des Zentralrats.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hielt am 22. Januar zwei Sitzungen ab. Ueber den Beschluß der Volksbeauftragten, die Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen, wurde längere Zeit beraten. Der Beschluß ist nach Meinung des Zentralrates von seiner Zustimmung abhängig und es wurde beschlossen:

Der Zentralrat erhebt Einspruch gegen die Festlegung des Tagungsortes für die Nationalversammlung, ohne daß dem Zentralrat Gelegenheit zur Mitberatung gegeben worden ist.

Wie das Mitglied des Zentralrates Cohen-Kreuz einem Presse-Berichterstatter mitteilte, hat der Zentralrat von dem Beschluß der Regierung, die Nationalversammlung nach Weimar zu berufen, erst aus der Presse erfahren! Auf telephonische Anfrage bei der Reichsregierung erhielt er nur eine kurze Bestätigung der Nachricht, ohne jeden Kommentar.

Proklamierung der irischen Republik.

Amsterdam, 20. Januar. (Neuter.) Der sogenannte Irische Republikanische Kongreß, bestehend aus einigen 30 oder 40 Einzelmitgliedern des Parlaments, tagte heute im Rathaus in Dublin. Es wurde dort eine Erklärung der nationalen Unabhängigkeit verlesen, welche die Errichtung der irischen Republik anzeigt und Abzug der englischen Garnisonen beauftragt.

Die Wahl in Preußen

Die Wahl der preussischen Landesversammlung, die Sonntag stattfindet, ist von größter politischer Bedeutung. Das alte Preußen, von dem aus Junker, Militärs und Bürokraten das deutsche Volk beherrscht und gebietet haben, soll aufgelöst werden. Deutschland, das bis zur Revolution nur ein Stück Preußen gewesen ist, soll endlich wirklich erstehen als eine freie Republik, in der alle Glieder gleichberechtigt sind.

Von dem alten Preußen suchen die bürgerlichen Parteien zu halten, was noch zu halten ist. Soll aber Deutschland werden, so muß Preußen aufhören, und deshalb ist es notwendig, alle Kraft daran zu setzen, bei der Wahl am Sonntag den Sozialismus und vor allen seinen entschiedenen Vertretern, den Unabhängigen Sozialdemokraten, das Übergewicht zu sichern.

Dazu kommt, daß das Proletariat an einer sozialistischen Mehrheit in Preußen wegen seiner ungeheuren Wirtschaftsmacht das stärkste Interesse hat. Noch hat Preußen die Verfügung über den größten Teil der deutschen Eisenbahnen und über einen beträchtlichen Teil des deutschen Bergbaues. Die Neuordnung des Eisenbahnwesens und seine Vereinheitlichung hängt zu einem hohen Grad auch von der Zusammensetzung der preussischen Landesversammlung ab und für die endliche Durchführung der Sozialisierung des Bergbaues ist es von Wichtigkeit, daß Preußen keinen Widerstand leistet.

Schließlich wird die künftige Ausgestaltung der jungen Selbstverwaltung und insbesondere die Stellung der Kommunen, soweit das Reich nicht allgemeine Bestimmungen trifft, von der Versammlung abhängen. Die Kommunen müssen aber zu richtigen Trägern der Sozialisierung werden, ihnen müssen alle Rechte eingeräumt werden, diese Aufgabe zu erfüllen.

Die Neuordnung der Verwaltung, die Beseitigung der unheimlich stark verankerten Junkerherrschaft ist deshalb die allerwichtigste politische Aufgabe. Solange die Junker restlos alle wichtigen Beamtenstellen besetzen, solange nur ihre Anhänger und Abkömmlinge „Könige des Landes“, Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten werden, solange die ganze preussische Verwaltung von agrarischen Interessen geleitet wird, ist Preußen das stärkste Hemmnis eines demokratischen und sozialistischen Deutschlands.

Abkündigung aller Privilegien aber nicht nur auf dem ländlichen Lande, sondern auch in den Städten! Wir verlangen auch für die Gemeinden allgemeine, gleiche und geheimes Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen. Nur bei neuer Zusammenlegung der Gemeindeparlamente entsprechend dem Willen der Gesamtheit werden die Kommunen in stande sein, die wichtigen Aufgaben zu erfüllen, die ihrer barren.

So handelt es sich bei den Wahlen am Sonntag um nicht geringere Dinge als bei der Wahl zur Nationalversammlung. Deshalb haben alle Sozialisten die Pflicht, ihre ganze Kraft für den Erfolg einzusetzen.

Soll aber Ernst gemacht werden mit der Beseitigung der bürokratischen Verwaltung, mit der Entfremdung der Wähler, mit der Durchführung der Sozialisierung, dann muß mit der bisherigen Landes- und Kompromißpolitik der rechtssozialistischen Führer ein Ende gemacht werden. Dann ist es notwendig, daß die Vertreter einer entschiedenen sozialistischen Politik in möglichst großer Zahl in die Vertretung Preußens gesandt werden.

Deshalb wählt am Sonntag die Liste der Unabhängigen Sozialdemokraten!

Die neue Kommandogewalt.

Unter Zustimmung der Reichsregierung und des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte hat das Kriegsministerium durch einen Erlass im Armeeverordnungsblatt die Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Frieden neuer vorläufig geregelt, ferner über Verleumdung und Anruf, sowie über den militärischen Gruß im Friedensheer vorläufige Bestimmungen getroffen. Für mobile Verbände bleiben jedoch besondere Regelungen vorbehalten.

Die oberste Kommandogewalt hält der vom Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gewählte Rat der Volksbeauftragten inne. Die Ausübung der Kommandogewalt überträgt der Rat der Volksbeauftragten, soweit er nicht unmittelbare Befehle erteilt, dem preussischen Kriegsminister. Dem Kriegsminister ist ein Untersuchungssekretär beigeordnet. Der Kriegsminister ist dem Rat der Volksbeauftragten für die Art der Kommandoführung verantwortlich. Seinen Verfügungen und Anordnungen, die vom Untersuchungssekretär gegenzuzeichnen sind, haben alle Heeresangehörigen (einschließlich der Soldatenräte) des preussischen Kontingents Folge zu leisten.

Bei den Generalkommandos, Garnisonkommandos den Regimenten, selbständigen Bataillonen und gleichgestellten Formationen sind Soldatenräte zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit der Führer in der Richtung, daß die letzteren ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung missbrauchen. Die rein militärischen Befehle, die sich auf Ausbildung, Führung und Verwendung der Truppen beziehen, gehen von den Führern allein aus, sie bedürfen keiner Gegenzeichnung eines Soldatenrates. Bei den kleineren Einheiten (Kompanien, nicht selbständigen Bataillonen usw.) wirken Vertrauensleute mit.

Die Soldatenräte und Vertrauensleute sind in ihrer Tätigkeit an die Befehle, Verordnungen und Dienstvorschriften gebunden. Einmalige von ihnen allein gegebene Anordnungen, Befehle usw. haben keine Gültigkeit. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzugeben oder auszuwählen, sie können aber die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft der nächsthöhere Führer, letzten Endes die Regierung.

Untersuchungs- und Mannschaften können als Führer in Offiziersstellen gewählt werden. Je ein Heeresangehöriger hat der Weg zur Anzeile oder Beförderung an seinen Soldatenrat offen. Dieser Weg darf durch keinen Befehl versperrt werden.

Die Führer als Rang- und Verbandsführer in den verschiedenen Abteilungen und Truppen sind von den im Felde gewesenen Offizieren und Sanitätsoffizieren usw. und Unteroffizieren nach Rückkehr in den Standort, von den anderen sofort als alle ein. In gleicher Weise werden die Schultruppen der Untersuchungs- und Mannschaften abgeleitet, sobald der Kriegsminister um andere Abteilungen zur Heranziehung des Truppenteils angefordert und beschickt sind.

Als Grababzeichen legen die Offiziere, Sanitätsoffiziere usw. und Unteroffiziere am linken Arm, a. l. u. und am rechten Arm dunkelblaue Aufsteifen an, die den Dienstgrad erkennen lassen.

Grabschiffen dürfen nur im Dienst und auf dem Wege zum Aufbruch und vom Dienst, Schutzwaffen im Standort nur auf Befehl des Kommandanten getragen werden.

Im Befehlsfeld des Kommandanten wird die Anrede in Bundes-

farben getragen. Einen einseitigen Grußwag des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht mehr. Lärmen besteht für beide die Pflicht, sich gegenseitig zu grüßen, wobei der Vorgesetzte und im Dienstgrade Niedere dem Höheren zuvorzukommen muß. Das Frontmarchieren, Stillstehen und Vorbeigehen in gerader Haltung sind abgelehnt.

Mit dieser Neuordnung der Kommandogewalt hat die sozialistische Regierung ihr Ziel, die völlige Ausschaltung und Abschaffung der Macht der Soldatenräte, vollendet. Was sie notgedrungen übrig läßt, ist nichts als Blendwerk, Dekoration und Staffage. Das alte militärische System, gemildert durch ein paar Vertrauensmänner, die in allen wichtigen militärischen Fragen überhaupt nichts zu sagen haben und bei den kleineren Formationen, Kompanien usw. nicht einmal mehr Soldatenräte genannt werden dürfen! Träger der Kommandogewalt ist ein Kriegsminister — das ist die Antwort auf die entgegengesetzte Forderung des Kongresses der A. u. S. Räte. Eine derartige Verhöhnung der antimilitaristischen Revolution in Deutschland und eine solche Verpöschung ihrer künftigen Ergebnisse wagt die Regierung Ebert — Roske — Reinhard den Soldaten und den Arbeitern heute zu bieten. Aber es wird noch anders kommen!

Opfer der Militärherrschaft.

Am Dienstag nachmittag um 5 Uhr wurde von Regierungstruppen des Landesjägerskorps, 3. Bat., verstärkt durch Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr, der Schutzmannschaft und Kriminalbeamten, die Weinmeisterstraße Ecke Gormannstraße abgeperrt, um die Weinmeisterstraße und Steinstraße nach Wassen zu durchsuchen. Diese Abperrung und das herausfordernde Aufstellen von Maschinengewehren erregte den Unwillen der Bevölkerung, die sich ansammelte und den Führern (Droschken und Lastwagen) half, durch die Abperrungsstelle durchzufahren.

Die Menschenmenge wurde immer größer und äußerte schließlich ihren Unwillen durch Pfeifen und Toben. Daraufhin forderte ein Hauptmann die Menschenmenge dreimal auf, auseinanderzugehen, widrigenfalls er von der Waffe Gebrauch machen werde. Diese Drohung unterstützte er durch sofortiges

Schussfertiges Auffahren von 2 Maschinengewehren.

Die Aufforderung fruchtete nichts, die Menschenmenge blieb stehen und einer von den Zuschauern lachte über diese Drohung. Ohne weitere Veranlassung, insbesondere ohne tätlichen Angriff, schoß ein Unteroffizier der republikanischen Soldatenwehr mit seinem Revolver in die Menge und traf auf 3 Meter Entfernung den vorher Lachenden mitten durch den Kopf.

Dieser, ein Fantilewaker, war sofort tot. Der Schuß war gleichzeitig das Signal für die Landesjäger, ebenfalls zu schießen, wodurch zwei weitere Personen verletzt wurden. Die Menschenmenge stob auseinander, stürzte z. T. in die Häuser, z. T. in die angrenzenden Straßen. Dann rückte die Truppe ab und nahm den Sicherheitssoldaten, der den ersten und tödlichen Schuß abgegeben hatte, mit sich. Beim Abgehen fiel aber nochmals ein Schuß, abgegeben von einem Sicherheitssoldaten. Die Menge verstreute den Täter dem Schutz der Truppe zu entziehen, um ihn zur Wache zu bringen. Das gelang zuerst auch, doch wurde durch das Eingreifen des Militärs der Mann wieder der Menge entrissen und vom Militär mitgeführt.

Wir erhalten über den blutigen Zusammenstoß am Dienstag in der Weinmeisterstraße folgenden Bericht von fünf Augenzeugen, deren Adressen im Besitz der Redaktion sind. Die vollständige Wichtigkeit dieses Berichtes ist und von einem Leutnant des Landesjägerskorps bestätigt worden, der ebenfalls Augenzeuge war und der das vorerwähnte Eingreifen des Militärs nicht billigt.

Von anderer Seite geht und dazu noch folgender Bericht zu: Ein Verwundeter wurde von Sanitätsmännern zum Steinapothek in der Steinstraße geführt. Man sah den Apotheker um Wunde und Verbandzeug. Er lehnte dies mit den Worten ab: „Für Gefundel habe ich keine Hilfe“ und schloß sofort seine Apotheke.

Immer noch Hausdurchsuchungen.

Obwohl die Staatsanwaltschaft das mit der Verhaftung der Genossin Dunder begonnene Strafverfahren eingestellt hatte, weil die Untersuchung nichts Befriedigendes gegen sie ergab, erklären die Militärbehörden, daß die Entscheidungen der Zivilbehörden sie nicht angehen. Sie haben deshalb neuerdings zweimal Hausdurchsuchung ohne jede Legitimation vorgenommen. Bei der Hausdurchsuchung am Montag erklärten sie der 17-jährigen Mutter und dem Dienstmädchen, die während der Abwesenheit der Genossin Dunder die Wohnung allein innehaben, daß sie sofort verhaftet würden, wenn sie das Haus verlassen. Wie fragen, was gedenkt der Herr Oberbefehlshaber Roske zu tun, um solchen schändlichen Mißhandlungen durch die ihm unterstellten Organe Einhalt zu gebieten?

Sitzung des Zentralrats.

Nach Beratung der Frage der Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar, über die wir an anderer Stelle berichtet, beriet der Zentralrat eine Verordnung zur Bekämpfung von Siedlungsland, deren Veröffentlichung er zustimmte.

Längere Beratungen erforderte auch der von dem Staatssekretär des Innern Dr. Frey veröffentlichte Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich.

Am Schluß der Beratungen beschloß der Zentralrat die Volksbeauftragten zu ersuchen, auch von sozialistischer Seite einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten zu lassen und die Nationalversammlung als Material zu übergeben. Ueber die auswärtige Politik soll demnächst mit den Volksbeauftragten gemeinsam beraten werden.

Eine Konferenz der Zentral-Soldatenräte war für den 23. Januar von dem Zentralrat des III. A. K. einberufen. Vertreter dieser Konferenz beantragten beim Zentralrat zu genehmigen, daß eine Konferenz aller Soldatenräte stattfindet, in der über die neuen Verordnungen des Kriegsministeriums beraten werden sollte. Da der Erlass nicht vom Kriegsminister allein ausgeht, sondern vorher vom Zentralrat beraten wurde, und die Zustimmung der Volksbeauftragten erhalten hat, hält der Zentralrat die Einberufung einer Konferenz, die sich mit diesen Bestimmungen befassen soll, nicht für zweckmäßig. Eine Abänderung der Bestimmungen kann durch eine Konferenz der Soldatenräte nicht erfolgen.

Die weiteren Verhandlungsgegenstände stehen auf dem 23. Januar zur Debatte.

Wo bleibt die Untersuchungskommission?

Die von der ganzen unabhängigen Presse geforderte besondere Kommission zur Untersuchung des Mordes an den Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ist bisher nicht eingesetzt, wohl aber laufen die Herren Mörder noch immer frei umher. So verfährt das unparteiische Kriegsgericht der Garde-Schützen-Kavallerie-Division bei einem Kapitalverbrechen, das die ganze Welt in Atem hält, und dessen Aufklärung nur möglich ist, wenn jede Verdunkelungsgefahr beseitigt wird. Hält das Kriegsgericht diese Verdunkelungsgefahr etwa für nicht gegeben, weil es sich um Offiziere und Mannschaften seiner Division handelt? Sieht es nicht, daß gerade diese persönliche Bekanntschaft zu einer anderen Auslegung seines Verhaltens zwingt? Aber freilich, Herr Volksbeauftragter Landberg garantiert die Objektivität der Untersuchung! Nein, nicht einmal der Schein ist gewahrt! Darum nochmals: Wo bleibt die Untersuchungskommission!

Nach dem Morde Briefgenur!

Der Familie Karl Liebknechts in Steglitz war vom Mordtage an bis zum 21. d. M. die Post gesperrt! Wer hinter dieser in ihrem Zweck ganz eindeutigen Maßregel steht, kann nicht zweifelhaft sein. Sie zeigt aufs neue, daß kein Mißtrauen gegen das jetzige Untersuchungsverfahren schon genug sein kann. Wo bleibt die besondere Untersuchungskommission?!

Verleumdung oder Fahrlässigkeit.

Am Samstag gegen die „Freiheit“ finden sich gegenwärtig die widerstreitendsten Geister zusammen. Die bürgerliche Presse gemeinschaftlich mit dem „Vorwärts“ richtet jeden Tag eine Fülle von Angriffen gegen uns. Jetzt schämt sich der „Vorwärts“ nicht einmal mehr, die Anwürfe der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gegen die „Freiheit“ zu verbreiten. In Nr. 39 veröffentlicht er eine Notiz dieses Truppenteils, in der die von uns bereits am Dienstag als gemeine Verleumdung zurückgewiesene Neuherausgabe des Genossen Saase wiedergegeben wird, daß „die Tötung Liebknechts als Kaitationsstoff leider nicht mehr verwendet werden könne“. Aber es ist wahrscheinlich vom „Vorwärts“ zu viel verlangt, wenn wir fordern, daß auch er an der Aufklärung des schrecklichen Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beitragen solle. Statt dessen beteiligt er sich gerade aus Anlaß unserer Bemühungen, die Mörder zu entlarven, an der schmachvollen Lebe, die die Schuldigen und die bürgerliche Presse gegen uns entfallen. Wenn der „Vorwärts“ nur ein klein wenig Sorgfalt an den Tag gelegt hätte, er hätte es ohne weiteres finden müssen, daß wir die Verächtlichmachung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division bereits in Nr. 30 veröffentlicht haben. Sie noch einmal abzurufen, haben wir nicht die zehnfache Veranlassung, zumal die Garde-Kavallerie-Schützen-Division in dieser Verächtlichmachung in der Mitteilung, der Fall Liebknecht „sei juristisch einwandfrei geklärt“, da Liebknecht von drei Schüssen im Rücken getroffen worden sei, von einem ihrer Nachrichtenoffiziere ausgegangen ist.

Der Volksgesetz.

Der Volksgesetz hielt am Montag, den 20. Januar 1919, eine Sitzung ab, in welcher die Neukonstituierung vorgenommen wurde, die sich nach der Neuwahl des Volksgesetzes notwendig gemacht hat. Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Richard Müller und Paul Reue gewählt.

Des Weiteren wurde in der am Dienstag stattgefundenen Sitzung erneut zu den Berliner Vorgängen Stellung genommen. Der Bericht der Kommission, die mit den Volksbeauftragten verhandelt, um die mit dem starken Militäraufgebot verbundenen Mißstände zu beseitigen und die Kommandanturverhältnisse zu regeln, stellte den Volksgesetz nicht zufrieden. Die Kommission wurde erneut beauftragt, mit den Volksbeauftragten zu verhandeln, um folgende Punkte zu erledigen:

1. Aufhebung der Bürgerwehr und Freiwilligenkorps.
2. Regelung der örtlichen Kommandogewalt.
3. Aufhebung der Werbeannoncen in der Presse.
4. Abgabe sämtlicher Waffen an den Militärdepot.

Des Weiteren beschäftigte sich der Volksgesetz mit dem Untersuchungsverfahren über die Tötung des Genossen Liebknecht und der Genossin Luxemburg. Er ist einmütig der Meinung, die Verantwortung über das Ergebnis der Untersuchung nicht übernehmen zu können, wenn das Ermittlungsverfahren in den Händen der „Garde-Kavallerie-Schützen-Division“ bleibt.

Es wird darum beschloffen, den Rat der Volksbeauftragten zu ersuchen, eine Sonderkommission zur Untersuchung der beiden Mordtaten auf dem Verordnungswege schnellstens einzusetzen.

Vom Hamburger A.- und S.-Rat.

Hamburg, 20. Januar. In der heutigen Sitzung des großen Arbeiterrates, die sich im Verlauf der Demonstrationen am Samstag vor acht Tagen mit der Aufstellung der Bedingungen zur Neuwahl des Arbeiterrates zu befassen hatte, wurden Schreiben des jetzigen Vorsitzenden des A. und S.-Rates Dr. Cauffenberg und des Mitgliedes der Exekutive Dr. Herz verlesen, worin beide ihren Rücktritt mitteilen, weil alle Vollei-Sicherheitsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie alle Verhandlungen ohne ihr Vorwissen und über ihre Köpfe hinweg vom Soldatenrat und Polizeipräsidium angeordnet seien.

Die vom Reinerandtschuh (sogenannten Einigungsaußschuß aller sozialdemokratischen Parteien) vorgeschlagene Wahlordnung wurde angenommen. Aber über 18 Jahre alten Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts, sind wahlberechtigt. Die Wahl erfolgt geheim, direkt. Auf je 100 Angehörige eines Betriebes entfällt ein Mitglied zum Arbeiterrat. Angehörige der freien Berufe sind selbständige Gewerbetreibende werden von ihren Organisationen ersetzt.

An unsere Abonnenten!

Infolge des Elektrizitätsstreiks war es nicht möglich, die gestrige Morgen- und Abend-Ausgabe fertigzustellen.

Der Elektrizitätsstreik.

Der Streik beigelegt.

Die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke sind Dienstag nachmittag wider Erwarten in den Streik getreten. Die Folgen waren ungeheuer. Wegen 5 Uhr abends hielten auf einmal die Straßenbahnwagen auf offener Strecke, das Licht erlosch und viele Geschäftshäuser und Privathäuser waren verdunkelt. Hunderttausende von Arbeitern mühten den Weg nach ihrer Behausung zu Fuß zurückzulegen. Die Straßen waren dadurch mit Menschen überfüllt. Auf die Untergrundbahn wurde ein wahrer Sturm unternommen. Die Zugänge waren von einer riesigen Menschenmenge umlagert, aber obwohl die Wagen bis auf den letzten Platz vollgepackt wurden, war es unmöglich, den Andrang Herr zu werden.

Einige Straßenzüge, vor allem in der Friedrichstadt, lagen vollständig im Dunkeln. Kaffees, Hotels und Restaurants mühten ihren Betrieb schließen oder sich mit Notbeleuchtung behelfen. Viele Versammlungen mußten ausfallen. Um den vorhandenen Reservestrom zu sparen, war auch der Telefonverkehr für private Gespräche gesperrt worden. Zahlreiche andere Betriebe wurden in Mitleidenschaft gezogen. Die Zeitungsbetriebe, die nicht selber Kraft und Licht erzeugten, wurden stillgelegt, so daß es zum Teil schon Dienstag abend nicht mehr möglich war, den Druck der Zeitungen restlos zu bewerkstelligen, da die Maschinen gegen 5 Uhr plötzlich stillstanden. Auch auf die ärztliche Versorgung in den Krankenhäusern, sowie auf die Versorgung der Kranken hatte der Streik einen unheilvollen Einfluß.

Ueber die Forderungen der Streikenden erfahren wir folgendes:

Die bürgerliche Presse hat, unterstützt vom Magistrat, falsche Angaben über die Lohnforderungen der Arbeiter gebracht. Die Mitteilung des Magistrats, daß Stundenlöhne von 3 M. gezahlt würden, ist nicht zutreffend. Der bestbezahlte Arbeiter erhält 2 M. 3/4 Pfg. pro Stunde nach fünfjähriger Tätigkeit. Die Forderungen der Arbeiter sind folgende: Für gelernte Arbeiter, Montoren, Monteure usw. Anfangslohn 2,70 M. pro Stunde, nach einem Jahr Höchstlohn 2,85 M. Für Heizer, Maschinenisten, Kohlenarbeiter usw. einen Anfangslohn von 2,60 M. pro Stunde, nach einem Jahr Höchstlohn 2,75 M., Funkenwärter und Hilfsarbeiter Anfangslohn 2,50 M. pro Stunde, nach einem Jahr Höchstlohn 2,65 M. Sämtliche Arbeiter bis zu 18 Jahren und Frauen 1,85 M. pro Stunde, nach einem Jahr Höchstlohn 2 M. Der bisher gezahlte Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit bleibt bestehen. Die Angestelltenverträge sind sofort aufzulösen. Die noch verbleibenden Guthaben sind auszugahlen. Dienstalterprämien bleiben bestehen. Für die Zentrale Nummernburg sollen zwei Stunden Laufzeit bezahlt werden, da das Werk so abgelegt ist. Außerdem wird für Monteure, bei welchen die Arbeitszeit an der Arbeitsstelle außerhalb der Zentrale beginnt und endet, eine Stundenzulage gefordert. Im Umkreis der Zentrale bis zu 6 Km. 2,70 M., bis 10 Km. 3,40 M., über 10 Km. 7,50 M. Außerdem soll die Meiderfrage nach den Bestimmungen vom Jahre 1914 nach Möglichkeit erledigt werden. Urlaub wird verlängert nach einjähriger Dienstzeit bis 7 Werktage, nach zweijähriger Dienstzeit 14 Tage. Bei eventuellen Überstunden darf die Wochenarbeitsstundenzahl ohne Dienstsonntag 48 Stunden bzw. mit Dienstsonntag 56 Stunden nicht überschreiten. Eine Kündigung im Krankheitsfalle ist nicht erlaubt. Gegenwärtig besteht die Bestimmung, daß nach sechswochentlichem Krankheitsfall der Arbeiter gekündigt wird.

Die Arbeiter hatten bereits alles versucht, um ihre Forderungen auf gutlichem Wege durchzusetzen. Sie hatten bereits am Sonnabend, Montag und Dienstag mit der Direktion, den Vertretern des Magistrats und dem Volksbeauftragten Wiffel verhandelt, ohne indes genügendes Entgegenkommen zu finden. Die Arbeiter des Werks Spandau wollten, falls im Laufe des Mittwoch keine Einigung erzielt wurde, sich sämtlich dem Streik anschließen. Ebenso die Maschinenarbeiter, die noch gegenwärtig einen Höchstmonatslohn von 225 M. erhalten. Auch die Meister haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt.

Am Montag fanden unter Mitwirkung des Volksbeauftragten Wiffel und des Unterstaatssekretärs Robert Schmidt Verhandlungen mit den Arbeitern der Elektrizitätswerke statt. Sie endeten mit dem Vorschlag der Arbeitervertreter, die Angelegenheit dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu unterbreiten. Dieser Vorschlag fand auch die Zustimmung des Magistrats. Am Dienstag Morgen erklärten sich die Arbeiter wider Erwarten mit dem Anruf des Einigungsamtes nicht einverstanden. Sie beharrten auf restloser Bewilligung ihrer Forderungen. Da diese teilweise auf eine Erhöhung der gezahlten Löhne bis zu 60 Prozent hinausgehen, war es dem Magistrat nicht möglich, die Forderungen zu bewilligen.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts verhandelte gestern in einer Sitzung mit den Arbeitervertretern und der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke. Nach langem Hin und Her — es war bereits wieder dunkel geworden — wurde folgende Einigung erzielt:

Rückwirkend vom 15. Januar 1919 sollen provisorisch bis zum Inkrafttreten des in Aussicht genommenen Tarifes, längstens aber bis zum 15. April 1919, nachstehende Löhne gezahlt werden: Für die in den Schichten der Vertreter der Arbeitnehmers vom 22. Januar 1919 und Gruppe I a. geführten Kategorien, jedoch einschließlich der Schichtführer, Anfangslohn 2,60 M. pro Stunde, nach einem Jahr Höchstlohn 2,85 M.; für Gruppe II einschließlich der Schichtführer Anfangslohn 2,50 M. pro Stunde, nach einem Jahr Höchstlohn 2,65 M.; für Gruppe III Anfangslohn 2,10 M., nach einem Jahr Höchstlohn 2,25 M.; für Gruppe IV Anfangslohn 1,65 M., nach einem Jahr Höchstlohn 1,80 M. Die bisher für gelernte Facharbeiter gezahlte Notunterzulage von 12 1/2 Pfg. und die unter Nr. 2 der genannten Anstellungsverträge aufgeführten Bedingungen kommen in Fortfall, die bereits erteilten Guthaben sind auszugahlen. Alle anderen Forderungen der Arbeiter sind für die Beratungen zum Tarifvertrag zurückzustellen. Kommt bei den Tarifverhandlungen über einzelne Punkte eine Einigung nicht zustande, so soll das Einigungsamt des Gewerbegerichts Berlin angerufen werden und entscheiden. Die Maschinenmeister sollen bis zur endgültigen Regelung ihrer Einkommensverhältnisse eine Garantie für drei Monate und zwar mindestens für die Zeit vom 15. Januar bis 15. April 1919 erhalten bezichtigt, daß die Höhe ihres Gesamteinkommens mindestens einen Stundenlohn von 2,80 M. ausmache 15 Prozent entfällt. Soweit für sämtliche hier angeführte Kategorien von Arbeitnehmern etwa bessere Arbeitsbedingungen bestehen, dürfen sie nicht verschlechtert werden. Maßregelungen aus Anlaß der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob sich dieser von so weitgehenden Folgen begleitete Zustand nicht hätte vermeiden lassen. Die Elektrizitätswerke sind kein kapitalistischer Betrieb, sondern öffentlicher Beschäftigung. Bisher hat die städtische Verwaltung in der letzten Jahren es immer noch verstanden, mit den Arbeitern zu

einem Einvernehmen zu kommen. Das muß ganz offen — der Wahrheit gemäß — ausgesprochen werden. Es konnte deshalb erwartet werden, daß auch im vorliegenden Falle eine Verständigung erfolge, ohne daß das letzte Mittel, und das ist der Streik — angewendet wird; denn es steht doch allzumal auf dem Spiele. Bei den letzten großen politischen Bewegungen, bei denen Hunderttausende Berliner Arbeiter aus idealen Gründen zum Ausstand schritten, waren die Elektrizitätsarbeiter nicht an deren Seite. Wie uns mitgeteilt wird, sind die aufgestellten Forderungen im wesentlichen bewilligt gewesen, nur daß das Einigungsamt des Gewerbegerichts noch in Funktion treten sollte. Dieses anzurufen haben die Elektrizitätsarbeiter abgelehnt und sind in den Streik getreten. Dieser Schritt wird deshalb wenig Verständnis finden, selbst bei denen, die den Arbeitern die weitgehendste wirtschaftliche Besserung ihrer Lage wünschen.

Groß-Berlin.

Zur Sonntagswahl.

Wieder sollen die Wähler und Wählerinnen zur Wahl gehen. Diesmal sollen Vertreter für die preussische Landesversammlung gewählt werden; das alte Preußen der Hohenzollernndynastie ist zusammengebrochen, aber es sind noch überall Kräfte am Werke, dies alte Preußen wieder aufzurichten. Insbesondere arbeiten auf dem Gebiete der Verwaltung heute noch die alten Behörden mit ihren alten verstaubten Verordnungen. Sie verordnen, beaufsichtigen, reglementieren in alter Weise. Polizei und Gendarmen, Landräte und Amtsvorsteher behandeln die breiten Wählermassen genau so wie früher. Schule und Kirche, Justiz und Verwaltung haben keinerlei Änderung erfahren. Und doch ist es notwendig, schleunigst mit dem alten Gerümpel aufzuräumen.

Daran hat gerade die arbeitende Bevölkerung das größte Interesse. Die bürgerlichen Parteien sind rührig am Werke, ihre Vorrechte zu erhalten und aufs neue zu verantern.

So müssen wir auf dem Posten sein, Mann und Frau. Sieben Kandidatenlisten werden den Wählern zum Sonntag offeriert; Die Demokratische, die Deutschnationale, die Deutsche und die Christliche Volkspartei und die einer Volkspartei ohne besondere Kennzeichnung streiten mit den beiden sozialdemokratischen Listen.

Für unsere Genossinnen und Genossen, für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, kann es am Sonntag gar keine andere Wahl geben, als sich für die Unabhängige sozialdemokratische Partei zu entscheiden. Nur die die proletarischen Interessen rücksichtslos vertretende Politik kann hier in Frage kommen. Wer das will, wähle am Sonntag die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Zur Beachtung!

Auskunft über die in den letzten beiden Wochen Verhafteten und Fern- und Heimreisen im Abgeordnetenhaus, Zimmer 62, erteilt, in der Zeit von 10—1 und von 3—5 Uhr.

Achtung! Arbeitslose Groß-Berlins!

Die Beerdigung der Revolutionstoten findet Sonnabend, den 23. Januar, um 1 Uhr vom Friedrichshain aus statt. Um rege Beteiligung aller arbeitslosen Männer und Frauen bittet der Arbeiterrat der Arbeitslosen Groß-Berlins.

Arbeiterturner Groß-Berlins!

Am Sonnabend bestatten wir auch unsern Reinhold Jugo, darum beachtet Bekanntmachung der U. S. P. Delegationskommission! Wir wankern hinter dem 4. Kreisl! Erscheint möglichst in Turnkleidung, schließt Euch uns an.

Turnverein „Fichte“
14. Männer- und Lehr-Abteilung
J. A.: Rieste.

Gemeiner Schwindel der „Vossischen Zeitung“.

Aus Spandau wird uns geschrieben: Unter der Überschrift „Spandauer Wahlbilder“ schreibt die genannte Zeitung über die dortigen Wahlen, bei denen die Unabhängigen 15 732, die Reichheitssozialisten 22 515 und die bürgerlichen Parteien insgesamt 20 024 Stimmen erhielten, u. a. wörtlich: „Die Unabhängigen haben die Wahlwerbung in Spandau mit einer unerhörten Bewusstlosigkeit betrieben. So benutzten sie am Sonnabend nachmittag die Beerdigung des erschossenen Sportakrobaten Pfister zu einer empfindlichen Aufhebung, indem sie am Grab entgegen den polizeilichen Vorschriften den Sarg öffnen und die verstümmelte Leiche aufstellen.“ Es genügt, diesen Schwindel niedriger zu hängen. Der Sarg wurde nicht am Grab geöffnet und dort die verstümmelte Leiche des mitschuldig erschossenen Gen. Pfister aufgestellt, sondern die Leiche war von der Beerdigung selber nach dem Sdauhau in der Kamer Strahe gebracht worden, von wo aus die Beerdigung stattfand. Dort allerdings errichtete die verstümmelte Leiche Empörung. Im übrigen bewegte sich der unendliche Leichenzug herum und rieferte durch die Stadt und ließ sich auch durch die in großer Zahl vor dem Rathaus aufgestellten, mit Handgranaten und sonstigen Waffensachen versehenen Regierungstruppen nicht provozieren.

Reiner Unsinn! Die Tante Woh ihren gutaussehenderen Lesern noch ein althergebrachtes Märchen auf, indem sie erzählt, die Unabhängigen hätten auch die Spandauer Sportakrobaten für ihre Liste zu gewinnen versucht, freilich ohne viel Erfolg. Die Kommunisten hätten erklärt: „Werder Grubbeber als Wert und Dasein“ und dementsprechend ganz nach dem Vorbild ihrer bayerischen Parteibrüder, die fürs Jenseitum stimmten, deutschnational gewährt. Solch ein Schwindel! Deutschnational zu wählen ist keinem Kommunisten in Spandau eingefallen. Die große Mehrzahl des über 750 Mitglieder zählenden kommunistischen Wahlvereins in Spandau ist der außerordentlichen Parole gefolgt und hat sich der Stimme enthalten, während die Minderheit Unabhängigen gewählt hat. Nur die Unabhängigen war die Kaitation in Spandau überhaupt sehr schwach, waren doch die meisten Mitglieder zur kommunistischen Partei übergetreten. Während den Unabhängigen in Spandau keine Presse zur Verfügung stand, machten die bürgerlichen Blätter mehr oder weniger tagtäglich für die Reichheitssozialisten Propaganda, und Herr Stahl brachte fast jeden Tag in der „Spandauer Zeitung“ protzenlange Artikel gegen die revolutionäre Arbeiterpartei, und jeder Schwindel war ihm gut genug; außerdem hand ihnen der ganze beherrschende Apparat zur Verfügung.

Wahlresultate.

Grenznieder, Wahl (U. S. P. D.) 808, Reich (D. P. D.) 347
Kadische (Demokr. P.) 287, Reich (D. P. D.) 88, Behrens (Christl.) 64, Reich (national) 80.
Stettin. Es erhielten Verabreich (Demokr.) 13 695, Wahl (D. P.) 8154, Reich (Demokr. P.) 2353, Schönbörn (Chr. P.) 2471, Reich (Soz.) 15 338 und Jubel (Unabh. Soz.) 2860 Stimmen.
Johannisthal, Reich (Christl.) 1251, Unabh. 1124, Demokr. 715, Reich (Soz.) 225 Stimmen.

Veranstaltungen für Arbeitslose.

a) Lichtbildvorträge.

Donnerstag, den 23. Januar, im Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34/36, Dr. Köhle: Finnlands Natur und Volk.

Freitag, den 24. Januar, im Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34/36, Prof. Dr. Gracner: Wald und Biologie; ihr Leben und ihr Nutzen. — Im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße 15, Prof. Dr. v. Lufkan: Erbschleiertropfen.

Beginn der Vorträge 5 Uhr. — Eintrittsfrei in im Zigarrengeschäft Horich, Gewerkschaftshaus, und im Städtischen Arbeitsnadael, Rüdertstr. u. Gormannstr.

b) Künstlerische Veranstaltungen.

Donnerstag, den 23. Januar, nachm. 4 Uhr, im Großen Saal der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung des Herrn Direktors Camillo Kildebrandt und des Herrn Konzertmeisters Gogo v. Kreis (Viol. u. Cello). Eintritt 40 Pf.

Sonabend, den 25. Januar, nachm. 7 1/2 Uhr, im Kleinen Theater, Unter den Linden 44, „Lottens Geburtstagsfeier“ von Ludwig Thoma; anschließend „Paul und Paula“, Lustspiel von Herbert Ehrenberg. Eintritt 60 Pf. — Nachm. 4 Uhr im Pfänderaal, Bülowstraße 70, Symphonie-Konzert des Münchener-Orchesters. Eintritt frei, jedoch nur gegen Karte; Programm 20 Pf. u. Garderobe 20 Pf.

Hilfe für Wahlarbeit. Arbeitslose Genossen wollen sich Donnerstag, nachmittags 5 Uhr zwecks Wahlarbeit (Plakatanheben) Schlichterstr. 5 melden. Der Propaganda-Ausschuss.

Arbeiterräte und Obmänner der Kriegsgesellschaften. Donnerstag, den 23. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Ab-acordneuehaus, Prinz-Albrechtstraße, Festaal, 1 Treppe, findet eine dringende Sitzung statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen geboten. Der Einberufer.

Sämtliche preussische Soldaten, die nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde gekommen sind und in Berlin und Provinz nicht in die Wählerlisten eingetragen sind bzw. diejenigen die von ihrer alten Wohnstelle eine Wohnungsbezeichnung des Magistrats haben, können sich durch Ausstellung eines Wahlrechtscheinchen für die bevorstehende preussische Landesversammlung an Abt. 65 und 3a, Kupfergraben 4 der Kommandantur wenden. Als Ausweis ist mitzubringen: Polizeiliche Anmeldung, Ausweis für preussische Staatsangehörigkeit und Militärpapiere.

Eine neue Wadpreiserhöhung nimmt Charlottenburg vor. Nachdem der Gaspreis erst kürzlich auf 80 Pfennig pro Kubikmeter erhöht worden war, teilt der Magistrat der Stadtverwaltung mit, daß er genötigt ist, den Gaspreis auf 84 Pfennig, für Röhrenmesser auf 88 Pfennig zu erhöhen.

Die Reichshe Grob-Berlin (Milk) gibt bekannt, daß infolge des Streiks in den Elektrizitätswerken ein Teil der Milch in den besten Meiereien nicht gereinigt und pasteurisiert werden konnte. Es wird daher der Bevölkerung besonders aus Herz gelegt, die bereits häufig angegebene Maßnahme zu befolgen, daß die Milch im Haushalt sofort abgekocht werden muß. Nach dem Abkochen ist die Milch möglichst schnell abzufüllen und kalt zu stellen.

Lebensmittellisten.

Berlin. Bis Freitag, den 24. Januar, an die Kunden im Bereich der 165., 170., 190. und 211. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Brot; an die Kunden im Bereich der 77. und 78. Brotkommission pro Kopf 1 Dose Würstbrotaufricht (biefge Quinur).

Aus den Organisationen.

U. S. P. Teltow-Beeskow.

Donnerstag, 23. Januar, nachm. 4 Uhr, Sitzung der Wahlagitationskommission. Von 5—6 Uhr können die Orte das Material zur Preußenwahl vom Kreisbureau in Neufölln, Redarstr. 3, abholen.

Nachdem jetzt im Kreis in vielen Orten neue Ortsgruppen gegründet werden, eruchen wir dieselben, umgehend die Adressen des Vorstandes dem Kreisbureau zu melden.

Die Kreisgeneralversammlung am Montag beginnt bereits um 4 Uhr und nicht, wie in der gestrigen Notiz angegeben, um 6 Uhr.

Reinhold. U. S. P. Donnerstag, 23. Januar, Extrazugabend in den bekannten Lokalen. Die Viertelwahlleiter holen das Material am Donnerstag, 6 Uhr, vom Bureau ab. Es wird gebeten, die Pflicht haben, den Ort im Kreis mit Wahlhilfe beizuspringen, eruchen wir unsere Genossen und Genossinnen, sich zur Verfügung zu stellen. Weidungen werden auf dem Extrazugabend entgegengenommen.

Treptow-Baumhulsenweg. Heute, Donnerstag, abend, 7 Uhr im Lokal Hubat, Treptow, Parfaden 2, wichtige Mitglieder- und Delegierten-Tagesordnung: 1. Wahlhilfe; 2. Stellungnahme zu dem am 2. Februar stattfindenden Parteitag und zu dem am 27. Januar stattfindenden Kreis-Generalversammlung; Anträge und Delegierten-Wahlen dazu.

Reinhold. Freitag, den 24. Januar, abend, 7 1/2 Uhr, öffentliche Volksversammlung bei Weaner, Hindenburgdam 104.

Tempelhof. Donnerstag, den 23. Januar, nachm. 5 1/2 Uhr, Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus. — Donnerstag, den 23. d. M., abend, 7 1/2 Uhr, öffentliche Wahlerversammlung für Neu-Tempelhof im Lokal von Schulze, Dreihundstraße 5. Gen. Wecker, Tempelhof, spricht über: „Was will die Unabhängige Sozialdemokratie?“ Auch die Genossen des 2. Berliner Kreises haben Zutritt.

Reinhold. Reinholdshausen-Weg. Donnerstag abend, 7 Uhr im Lokal Wiltbrodt, Wadertstraße 5: Öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die Preußenwahlen am 26. Januar 1919. Referent: Genosse Dr. Reichsheil.

Reinhold. Reinholdshausen-Weg. Donnerstag, den 23. d. M., abend, 7 1/2 Uhr bei Wecker, Stra. eam Falkenberg: Mitglieder- und Delegierten-Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag und zur Kreisgeneralversammlung. Um 6 Uhr im selben Lokal: Vorstandssitzung.

Tempelhof. Alle Genossen und Genossinnen, die sich letzten Sonntag an den Wahlarbeiten beteiligten, und alle diejenigen, die außerdem sich zum nächsten Sonntag zur Wahlung bereit machen, werden zu einer Konferenz am Donnerstag, den 23. Januar, im „Marschall“, Berliner Str. 102, ein-erladen. In dieser Konferenz erfolgt auch die Ausbe des Materials. Sämtliche Funktionäre sind zur Teilnahme an der Sitzung verpflichtet.

Reinholdshausen-Weg. Donnerstag, den 23. Januar, abend, 7 Uhr, in den 61. Lokalen, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung.

Freie Jugend Groß-Berlin. Aus zwingenden Gründen kann die Reichshausen, die für Sonntag, den 26. Januar, nach Leipzig einberufen war, nicht stattfinden und wird auf eine Zeit verlegt.

Reinholdshausen-Weg. Mitglieder- und Delegierten-Tagesordnung abend, 7 Uhr im Lokal von Hubat, am Treptower Park, Edg. Parfaden, Berlin, des Gen. Wecker.

